

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Zeile 15 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Zeile 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtsstand für beide Teile
ist Calw.



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Schaele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei.

Nr. 228

Freitag, den 30. September 1927

101. Jahrgang

Die deutsch-französischen Beziehungen

Stresemann über die deutsch-französische Zusammenarbeit im Völkerbund

II. Paris, 30. Sept. Der „Petit Parisien“ veröffentlicht eine Unterredung seines Genfer Vertreters mit Reichsaussenminister Dr. Stresemann. Darnach befragt, wie nach seiner Ansicht die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich im Völkerbunde seien bzw. sein könnten, erklärte der Minister, daß diese Beziehungen nur offenherzige und loyale und nur von dem aufrichtigen Wunsche geleitet sein könnten, zu einer ständig sich enger gestaltenden Zusammenarbeit auf allen Gebieten zu gelangen. Es sei kein Zufall, daß der Weg, der Deutschland nach Genf geführt habe, über Locarno gegangen sei. Damit habe es seinen Willen für eine Politik der Zusammenarbeit und nicht des Kampfes bezeugt. Die deutsche Regierung habe geglaubt, daß die deutsch-französische Annäherung dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund vorangehen müsse. Man müsse sich fragen, ob man nicht bald von einer Völkerbundsversammlung werde sprechen müssen, in der Deutsche und Franzosen ihre Anstrengungen für den Frieden würden vereinigen können, ohne daß irgend ein Schatten ihre Beziehungen trübe. Er würde dies aufrichtig wünschen. Auf alle Fälle habe die deutsche Delegation im Laufe der vergangenen Völkerbundsversammlung alles in ihren Kräften stehende getan, um dem Frieden zwischen beiden Ländern zu dienen. Dabei habe sie der Gedanke geleitet, daß die Zukunft Europas nur dann gesichert sei, wenn die Staaten nicht ausschließlich an ihre eigenen Interessen dächten, sondern auch die gemeinsamen Interessen aller nicht vergäßen. Das gemeinsame Interesse aller aber fordere mit Nachdruck, die Konsolidierung des Völkerbundes.

Zu Beginn der letzten Völkerbundsversammlung habe ein gewisses Unbehagen geherrscht und seien verschiedene Krisengerüchte verbreitet gewesen. Er sei glücklich heute sagen zu können, daß die deutsch-französische Zusammenarbeit zur Verkürzung des Unbehagens beigetragen und die Gerüchte zum Schweigen gebracht habe, indem Deutschland und Frankreich gemeinsam die anfangs zaghafte Versammlung belebte und den Völkern das notwendige Vertrauen zu dem Werk von Genf eingeflößt hätten. Man möge sich nur vorstellen, was aus dieser Versammlung geworden wäre, wenn Deutschland und Frankreich einander feindlich gegenüber gestanden, nur für ihre eigenen Interessen gearbeitet und hinter den Kulissen manövriert hätten. Briand und er hätten aber derartige Versuche von sich fern gehalten und auf jede Prestige-Politik verzichtet. Wenn diese unter pes-

simistischen Eindrücken eröffnete Versammlung nun bei den Völkern den Eindruck hinterlasse, daß man in Genf trotz aller Schwierigkeiten ohne jeden Hintergedanken sprechen könne, so könne man mit Recht sagen, daß die achte Vollversammlung des Bundes, obwohl sie keine besonderen und sensationellen Kundgebungen gebracht habe, Gutes geleistet habe.

In einer Anmerkung zu den Ausführungen Dr. Stresemanns erklärt das Blatt, daß man die interessanten Erklärungen Stresemanns mit umso größerem Interesse lesen werde, als sie glücklicherweise von dem Ton gewisser Erklärungen in Deutschland abwichen. Auch wenn die französische Empfindlichkeit in der einen oder anderen Wendung Stresemanns einen Hintergedanken befürchten sollte, bestehe die Tatsache, daß Stresemann den aufrichtigen Wunsch hervorgehoben habe, mit Frankreich auf allen Gebieten zu einer sich immer enger gestaltenden Zusammenarbeit zu gelangen.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Frankreich

II. Paris, 30. Sept. Der Berichterstatter des „Journal des Debats“ in Genf, Gauvin, geht auf eine Unterhaltung mit Stresemann ein, die er am 16. September in Genf gehabt habe. Der Reichsaussenminister hätte hierbei von der weiteren Entwicklung der Locarnopolitik gesprochen und auf die Notwendigkeit hingewiesen, sehr enge wirtschaftliche Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland im Einverständnis mit England zu schaffen. Wenn er Dr. Stresemann recht verstanden hätte, so hätte dieser seine feste Absicht bekundet, diese straffe wirtschaftliche Zusammenarbeit im Gegensatz zu den Hindnis-Ideen mit Rußland zu verwirklichen. Dr. Stresemann hätte auch die Frage der französischen Sicherheit berührt und behauptet, daß der Alpdruck, unter dem die Franzosen zu leiden schienen, keineswegs gerechtfertigt sei und verheuchelt werden müßte. Zum Schluß hätte Stresemann von Deutschland gesprochen, wobei er den Taft besessen hätte, bei der Erwähnung Elsaß-Lothringens weder von kriegerischen Möglichkeiten noch von einer Volksabstimmung zu reden. Er hätte sich damit begnügt, zu sagen, daß das Elsaß seit Jahrhunderten ein von Deutschland und Frankreich umstrittenes Gebiet sei, das nun zu Frankreich gehöre und das zu einem Bindeglied werden könne, wie es bereits einmal ein solches gewesen sei, als Goethe noch in Straßburg lebte. Jede Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland müsse sich in Etappen vollziehen und für beide Seiten nützlich sein.

Polens Amerika-Anleihe gescheitert

Die Verhandlungen abgebrochen

Katastrophale Folgen für das polnische Wirtschaftsleben.

II. Warschau, 30. Sept. Die polnischen Anleiheverhandlungen wegen der amerikanischen Auslandsanleihe sind gestern in später Abendstunde wiederum ergebnislos abgebrochen worden. Die Frage, über die es zum Bruch kam, war die Höhe des Emissionskurses, wegen der seinerzeit ebenfalls die Verhandlungen unterbrochen wurden. Der Emissionskurs sollte, wie bekannt, 95 Prozent betragen. Die Regierung war bisher entschlossen gewesen, auf diesen Kurs einzugehen und gab deshalb bekannt, daß dieses Mal die Anleihe bestimmt zum Abschluß käme. Anscheinend hat Marschall Pilsudski im letzten Augenblick seinen Entschluß noch geändert.

Das abermalige Scheitern der Anleiheverhandlungen bedeutet für das Wirtschaftsleben Polens eine Katastrophe. Die Anleihe sollte in erster Linie zur Stärkung der polnischen Währung verwendet werden, die besonders nach der soeben eingeleiteten Börsenhausse wieder in Gefahr steht, beträchtlich im Kurse zu verlieren. Dies ist umso gefährlicher, als das Scheitern der Anleihe als endgültig anzusehen ist und Polen unter den gegenwärtigen Verhältnissen keinerlei Aussicht hat, an anderer Stelle eine Anleihe zu erhalten. Wie unerwartet der plötzliche Abbruch Polen selbst gekommen ist, geht aus einer Bemerkung der halbamtlichen „Epoka“ hervor, die ihrem Aerger mit einem Ausfall auf „gewisse ausländische Sphären“ Luft macht, die nicht die „ungeheure günstige Veränderung der Wirtschaftslage Polens“ einsehen wollten.

Amerikanischer Zolldruck auf Frankreich?

II. Paris, 30. Sept. Wie der Pariser Ausgabe des New-York-Herald aus Washington gelabelt wird, hat die Zolltarifkommission der Vereinigten Staaten einen Bericht vorbereitet, der um Erhöhung der amerikanischen Zölle auf französische Waren nachsucht, damit auf diesem Wege ein Druck auf den französischen Zolltarif ausgeübt werden könne. Der Bericht sei gestern veröffentlicht worden. Die Anregung der Kommission werde jedoch nur dann in die Tat umgesetzt werden, wenn die französisch-amerikanischen Verhandlungen scheitern sollten.

Zusammentritt des französischen Ministerrats

II. Paris, 30. Sept. Der heute in Rambouillet stattfindende Ministerrat wird das Datum für den endgültigen Zusammentritt des Parlaments festsetzen. Ferner wird Briand eingehend über seine Genfer Eindrücke und vor allem über seine letzte Unterredung mit Stresemann berichten. Einen breiten Raum wird weiter der amerikanisch-französische Streit in den Verhandlungen einnehmen. Von besonderer Bedeutung wird auch die Prüfung der neuen russischen Schuldenvorschläge sein. Wie von unterrichteter Seite verlautet, wird der Ministerrat prinzipielle Richtlinien für die Verhandlungen mit Rußland aufstellen und dem französischen Botschafter in Moskau genaue Instruktionen für die Verhandlungen über einen Nichtangriffspakt erteilen.

Tages-Spiegel

Stresemann ist mit der deutschen Delegation gestern in Berlin eingetroffen.

Der Reichsaussenminister lobte in einem Interview die deutsch-französische Zusammenarbeit in Genf.

Der estländische Außenminister Dr. Mel wird auf der Durchreise von Genf nach Reval in Berlin bei Stresemann vorsprechen.

Im Reichsfinanzministerium finden gegenwärtig Besprechungen über die künftige Außenpolitik der deutschen Gemeinden statt.

Der hessische Landtag hat mit einer Zweidrittelmehrheit die Abschaffung der Todesstrafe beschlossen.

Die polnischen Verhandlungen über die große amerikanische Stabilisierungsanleihe sind abermals gescheitert.

Poincare vor der Finanzkommission.

II. Paris, 30. Sept. In der gestrigen Sitzung der Finanzkommission der Kammer äußerte sich Poincare zunächst über die Frage der Einverleibung der Einnahmen aus dem Dawesplan in das Budget für 1928. Er erklärte, ernste Gründe dafür zu haben, den status quo hinsichtlich dieser Einnahmen aufrechtzuerhalten, weil deren genaue Schätzung kaum möglich sei und somit das budgetäre Gleichgewicht gefährdet werden könnte. Zur Frage des Zündholzmonopols teilte der Ministerpräsident mit, daß ein neuer Plan geprüft werde. Mehrere Kommissionen seien zu diesem Zweck in das Ausland entsandt worden. Eine Ermäßigung der Umsatzsteuer lehnte Poincare mit der Begründung ab, daß die augenblickliche Lage des Schatzamtes dies nicht zulasse.

Frankreichs Trianonpolitik

II. Budapest, 30. Sept. Der frühere ungarische Ministerpräsident Simonyi-Sümödi, in dessen Amtszeit die veröffentlichte Grenzregelungsnote der französischen Regierung aus dem Jahre 1920 fällt, erklärte gegenüber einem Journalisten, daß diese Note in seinem Kabinett beraten und auch beantwortet worden sei. Seine Regierung habe die in der französischen Note angeführten Prinzipien angenommen. Der Sturz des Verfassers der Note, Paleologue, sei aber bald nach dieser Note erfolgt, und sein Nachfolger, der ungarnefeindliche Berthelot, habe gegenüber Ungarn die Trianon-Politik eingeschlagen. Simonyi erklärte, daß er Dokumente zu dieser Angelegenheit in der Hand habe, die er, wenn er von seiner amtlichen Schweigepflicht entbunden werde, veröffentlichen werde.

Die Zusammenkunft

Chamberlain-Primo de Rivera

II. Berlin, 30. Sept. In ausländischen diplomatischen Kreisen Berlins wird die von einem hiesigen Mittagsblatt veröffentlichte Meldung aus Barcelona, wonach sich Chamberlain und Primo de Rivera bei ihrer bevorstehenden Zusammenkunft mit dem Projekt einer Mittelmeer-Entente zwischen Spanien, Italien und Griechenland unter englischem Protektorat, aber unter Ausschluß Frankreichs beschäftigen werden, für in hohem Grade unwahrscheinlich gehalten. Es wird darauf hingewiesen, daß Sir Austen Chamberlain schon eine viel zu geraume Zeit von London abwesend ist, daß er sich mit einem Projekt von so weittragender Bedeutung hätte vertraut machen können. Falls irgendwelche Verhandlungen dieser Art stattfinden sollten, so werde dies durch die üblichen diplomatischen Kanäle stattfinden. Daß die Langer-Prage bei der Unterredung zwischen den oben genannten Staatsmännern berührt werden wird, hält man indessen nicht für ausgeschlossen.

Abschaffung der Todesstrafe in Hessen

II. Darmstadt, 30. Sept. In der gestrigen Sitzung des hessischen Landtages wurde ein sozialdemokratischer Antrag, nach dem in Hessen grundsätzlich die zum Tode Verurteilten die Genehmigung zur Vollstreckung der Todesstrafe nicht mehr erteilt werden soll, mit 28 gegen 22 Stimmen angenommen. Die Mehrheit ist eine Zweidrittelmehrheit, da sich ein großer Teil der Abgeordneten außerhalb des Saales befand.

Die Zukunft Australiens

Der Australische Staatenbund blickte im Jahre 1925 auf das erste Vierteljahrhundert seines Bestehens zurück. Wie wird sich seine Zukunft gestalten, wenn wir auch nur eine wenig lange Zeit wie die vergangene zu überfliegen versuchen? Ungeklärte Probleme verschiedener Art drängen bei Stellung dieser Schicksalsfrage sowohl für Australien selbst als auch für den Bestand des britischen Reiches heran und erschweren die Erfüllung zweier Wünsche des australischen Volkes, an die einmal Ministerpräsident Bruce gelegentlich der jährlich stattfindenden Landesansammlung in Melbourne äußerte: die Notwendigkeit, das „Weiße Australien“ zu erhalten, und die nationale Politik einer hohen Lebenshaltung mit der daraus erwachsenden Verpflichtung einer mindestens ebenso hohen Leistungsfähigkeit.

Der Weltkrieg hat auch Australien in das Netz der großen Politik hineingezogen. Ueber Nacht war Australien militarisiert und hatte bald erkannt, daß es mit der Möglichkeit vorbei war, abseits vom Weltgeschehen einen Staat zu errichten oder aufrecht zu erhalten, der nichts anderes zu tun hat, als innerhalb der Landesgrenzen für ein befriedigendes Dasein einer möglichst großen Zahl seiner Bewohner zu sorgen. Nur in einem einzigen Punkte hatte sich Australien auch vor Beginn des Weltkrieges um eine Frage, die zur großen Politik gehört, Sorgen gemacht. Es handelt sich um die Verteidigung Australiens gegen die Japaner, vor allem gegen die Japaner. Dieses Problem ist durch den Weltkrieg nur noch verwickelter geworden.

Nach so groß wie China und Kanada hat Australien nur knapp sechs Millionen Einwohner. Es leidet an einem zu starken Städtewachstum an der Küste. Die Hälfte der Bevölkerung wohnt in sechs großen Hafenstädten, wo den beiden Hauptwählergruppen nur selten zum Bewußtsein kommt, daß weite Landstriche ohne Menschen zwar keine Wahlmacht ausüben, aber eine verhängnisvolle Anziehungskraft auf überfüllte Erdräume besitzen können. Für politische Parteigeschäfte ist dieser Zustand sehr günstig. Auf der anderen Seite verschärft sich der Gegensatz zwischen Stadt und Land erheblich. Es gibt auch ein Naturrecht auf Daseinsmindestmaß im Raum. Um dieses sehen sich gewisse Nationen in der Volksebene Ostasiens weit verkürzt. Sie erkennen, daß andere Großraumneugier in näherer und weiterer Nachbarschaft ausgedehnte Landstriche aus Mangel an Händen nur einer langsamen Entwicklung zuführen können und dennoch nicht für fleißige Einwanderer freigeben wollen. Die leeren Räume üben auf überfüllte Landstriche eine durch die Natur gegebene Saug- und Anziehungskraft aus. So steht Asien drohend an der Pforte von Australien.

Mehr noch wie durch das von inneren Wirren zerrissene, nach außen hin machtlose China droht von der japanischen Infiltration dem Australischen Staatenbund unmittelbare Gefahr. Noch hat sich Australien gegen das Heranbranden der gelben Welle schützen können. Die Zukunft wird zeigen, ob Australien, noch von den transozeanischen Machtkämpfen unberührt, seine Scheidekraft bewahren oder zum Kriegsschauplatz wie die übrigen erschlossenen Räume der Welt werden wird. Für das überfüllte Japan mit seinem jährlichen Bevölkerungszuwachs von bald einer Million Menschen ist das Problem zugleich eine Fortsetzung seines Kampfes um die Rassenleichheit, der wohl auf den Konferenzen von Versailles und Washington eröffnet, aber aus Zweckmäßigkeitsgründen abgebrochen wurde. Nun sucht Japan die Gleichberechtigung der Rassen auf fremdem Grund und Boden zu erzwingen; außerdem wachsen die Zahlen für Volks- und Siedlungsdichte auf den japanischen Inseln schneller als die Ernährungsmöglichkeiten.

Der im japanischen Volk vorherrschende malayische Einschlag und die allgemeine Abneigung gegen die kälteren nördlichen Klimate weisen die Wanderlustigen nach dem Süden. Dieser Richtungszug wird bleiben. Die ozeanische Entwicklung wird fortbauern. Wer von China durch die Südsee nach Australien fährt, sieht gleichsam die gelbe Welle langsam, aber stetig und unaufhaltsam sich nach Australien fortbewegen. Ein Heilmittel gegen die herannahende Gefahr ist die schleunige Steigerung der Siedlung durch planmäßige Förderung. Um Australiens „weißen“ Charakter zu wahren, sind schon mehrfach in dieser Richtung Versuche unternommen worden, ohne einen Erfolg in dem gewünschten Ausmaße zu erzielen. Einer der letzten Versuche war der große Entwurf, den das britische Kolonialministerium am 6. April 1925 herausgab. Auch hier verbieten sich Prophezeiungen über das mögliche Ergebnis. Jedenfalls erscheint es fraglich, ob genügend Zeit bleibt, um die heranwogende gelbe Welle zu brechen. Denn hinter ihr steht noch die ohnehin das staatliche Ausdehnungsbestreben Japans, das mit der Mandatserteilung auf die früheren deutschen Südpazifikinseln nördlich des Äquators eine Schwelle für seinen Drang nach dem Süden gefunden hat. Ähnlich hat Australien seine abgegrenzte Lage, die es durch Lage und Wochen von anderen Erdteilen trennte, verloren, als ihm die Verwaltung der südlich des Äquators liegenden früher deutschen Inseln übertragen wurde. Es kommt hinzu, daß Japan, als es aus seiner Abgeschlossenheit von der übrigen Welt erwachte, sehr bald seine Bestimmung als seefahrendes Volk erkannte und energisch an den Ausbau seiner Handelsflotte ging, deren Wege mit dem sie begleitenden Strom der Auswanderer zu schützen die japanische Regierung als ihre vornehmste Aufgabe betrachtete. Daher auch der schiefe Ausbau der japanischen Kriegsslotte, soweit die Abmachungen von Washington irgend welche Möglichkeiten gelassen haben. Die amerikanischen Philippinen werden bei einem Zuge nach dem Süden sehr bald und leicht eine

Beute Japans werden, während das Gewirr der Südpazifikinseln die Annäherung an Australien und den überraschenden Ueberfall auf seine schwach gesicherten Küstenstädte erleichtern hilft.

Hier glaubte Großbritannien durch den Ausbau des Stützpunktes Singapur den ozeanischen Dominien Schutz und Schirm zu bieten, auch um sich im Konfliktfall seine wichtigste Kornkammer Australien zu erhalten. Wird Singapur dieser Aufgabe voll und ganz gerecht werden können? Australien scheint selbst Zweifel daran zu hegen, da es die eigene Flotte ausbaut und in Port Darwin einen eigenen Stützpunkt errichtet. Jahre werden vergehen, bis die eigenen Anstrengungen und die des englischen Mutterlandes für den Ernstfall gegen die jetzt vorherrschende japanische Macht im Stillen Ozean Brauchbares geschaffen haben werden. So wenden sich Australiens Blicke nach den Vereinigten Staaten, die durch ihre großen Flottenmanöver und den anschließenden Besuch der Schlachtflotte in den australischen Gewässern im Jahre 1925 allzu deutlich vor Augen führten, wer Helfer bei der wohl unvermeidlichen Entladungen im Pazifik sein wird.

Letzten Endes bleibt immer wieder als bestes Abwehrmittel Australiens gegen die gelbe Welle, besser noch als eine Armee und Flotte, eine starke, weiße Bevölkerung, selbst wenn sie künftig nicht rein britischen Ursprungs sein sollte.

Reichsbahn und Besoldungserhöhung

II. Berlin, 30. Sept. Wie die II. erfährt, hat die kurze offizielle Mitteilung über die Lage des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahn in parlamentarischen Kreisen starke Beachtung gefunden. Aus der Tatsache, welche die Mitteilung betont, daß im laufenden Kalenderjahr wegen der Besoldungsreform Tarifierhöhungen nicht nötig seien, schließt man, daß der Verwaltungsrat anscheinend auch auf die Anregungen nicht eingehen zu können, der Reichsbahn wegen der möglichen Auswirkungen der Besoldungsreform auf das übrige Wirtschaftsleben Ermäßigungen der Tarife, insbesondere für Kohle, nachzusetzen.

Ergänzend hierzu erfährt die II., daß nachdem bekanntlich ursprünglich eine Summe von 180 Millionen M. für die Erhöhung der Gehälter der Reichsbahnbeamten, entsprechend der Vorlage des Reiches, genannt worden war, nach genauerer Prüfung und besonders auf Grund der späteren Modifizierung der Vorlage für die Reichsbahn eine Summe von 250 Millionen Reichsmark wird in Rechnung gestellt werden müssen. In der Sitzung des Verwaltungsrates ist jedoch zum Ausdruck gekommen, daß die Auswirkungen der Besoldungsreform eigentlich nur durch Tarifierhöhungen hätten kompensiert werden können und daß sich, zumal angesichts der bevorstehenden Erhöhung der Reparationslasten im Augenblick noch nicht übersehen lasse, ob die Gesamtaktion der Besoldungsreform nicht auch die Lieferungsverträge mit der Reichsbahn und somit das Budget, beeinflussen werde.

Ermäßigung der Strafportogebühr

II. Berlin, 29. Sept. Aus einer Mitteilung des Reichspostministers Dr. Schädel an das 8 Uhr-Abendblatt geht hervor, daß mit Wirkung vom 1. Oktober 1927 ab zwar noch das 1/2fache des Fehlbetrages zu gering frankierter Briefe erhoben wird, daß aber die Aufrundung nicht mehr auf volle 10 Pfennige nach oben, sondern nur noch auf 5 Pfennige nach oben vorgenommen werden soll.

Stillstand

in den deutsch-polnischen Verhandlungen

II. Berlin, 29. Sept. Warschauer Blätter berichten, daß die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen auf einem toten Punkt angelangt seien, da der deutsche Gesandte Rauscher Besprechungen nur allgemeiner Natur führen könne und keine Instruktionen aus Berlin habe.

Von zutändiger deutscher Stelle wird demgegenüber darauf hingewiesen, daß man auf deutscher Seite an das Zusammenreffen des polnischen Außenministers Jaleski mit Reichsaußenminister Dr. Stresemann in Genf die Hoffnung geknüpft habe, daß nach dem befriedigenden Verlauf der diplomatischen Vorverhandlungen über die Niederlassungsfrage ein weiterer Schritt auf dem Wege zu weiteren sachlichen Verhandlungen hätte getan werden können. Leider konnte durch die Erkrankung des polnischen Außenministers die geplante Zusammenkunft nicht zustande kommen.

Frankreich

und die Moskauer Schuldenvorschläge

II. Berlin, 30. Sept. Wie der Pariser Korrespondent des Asien-Ost-Europa-Dienstes authentisch erfährt, wird der russische Vorschlag zur Schuldenregelung als unannehmbar vom französischen Kabinett abgelehnt werden, jedoch soll eine Entscheidung über die Fortsetzung bzw. den Abschluß der diplomatischen Beziehungen zu Rußland erst nach den französischen Neuwahlen erfolgen. Weder die Banken noch die Industrie sind zu Krediten an die Sowjetregierung ohne Garantie der Bank von Frankreich oder der französischen Regierung bereit. Aber sowohl die Bank von Frankreich als auch Poincaré und mit ihm mehrere Kabinettsmitglieder lehnen die Behandlung der Kreditfrage bis zur endgültigen Regelung der Schuldenfrage ab. Man fordert daher der Klärung der Vorkriegsschuldenfrage weiterhin die russische Bereitwilligkeit zur Begleichung seiner Kriegsschulden sowie der Entschädigung an die durch die Nationalisierung enteigneten Franzosen. Im Einzelnen verfallen die gesamten Schuldensummen in folgende

Teile: Vorkriegsschulden 10 Milliarden Goldfranken, Kriegsschulden 6 Milliarden Goldfranken und Entschädigung für Enteignungen 6 Milliarden Goldfranken, insgesamt 22 Milliarden Goldfranken.

Der amerikanisch-französische Zollkrieg

II. Berlin, 29. Sept. Die Morgenblätter geben eine Meldung der Associated Press wieder, wonach die amerikanische Regierung sich auf einen ernsthaften Zollkrieg gegen Frankreich vorbereite. Die amerikanische Zolltarifkommission habe im Weißen Hause gestern ein Memorandum vorgelegt, in dem die französischen Zollkürzungen der letzten 40 Jahre aufgezählt sind. Ferner soll das Memorandum Untersuchungen darüber enthalten, ob die Erhebung eines 50prozentigen Zolls auf Seide, Satin und Textilien französischer Herkunft die amerikanische Geschäftslage ungünstig beeinflussen würde.

Das Schleizer Flugunglück

Das Ergebnis der Untersuchung.

II. Berlin, 29. Sept. Nach dem beim Reichsverkehrsministerium eingegangenen Bericht über das Ergebnis der bisherigen Untersuchung über die Ursachen des Flugzeugunglücks bei Schleiz ist der Hergang des Unglücks nach übereinstimmendem Urteil aller an der Untersuchung Beteiligten in folgender Weise zu erklären:

Der obere Versatz der linken hinteren Flügelstrebe ist gebrochen. Bei dem Versuch, mit dem beschädigten Flugzeug eine Notlandung vorzunehmen, hat der Führer für die Inzassen in unsichriger Weise weitgehende Maßnahmen getroffen. (Die Inzassen hatten Zeit gehabt, sich anzuhaken und bei dem Aufschlag auf die Erde ist ein Brand vermieden worden). Als das Flugzeug sich der Erde näherte, ist dann der linke Flügel vollkommen abgebrochen. Das Flugzeug stürzte senkrecht auf den Boden. Durch das Nachgeben des hinteren oberen Flügelstrebenbeschlages ist das Unglück mit hin zur Auswirkung gekommen. Die Kommission ist zu diesem Ergebnis gelangt auf Grund des Befundes der Beschlagerte, der Lage und des Zustandes des abgerissenen Flügels, der Lage und Form der übrigen Trümmer und der Zeugnisaussagen. Da bei der Konstruktion des Flugzeuges und bei der Musterprüfung durch die Deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt auf rechnerischem Wege die Festigkeit dieses Konstruktionsteiles geprüft und als ausreichend erwiesen ist, die Nachprüfung eine andere Auffassung nicht ergeben hat, und die Ausführung im andauernden Betrieb sich bisher bewährt hat, muß der Bruch durch weitere unvorhergesehene Umstände herbeigeführt sein. Als solche Umstände kommen in Betracht: Materialfehler, Ermüdungserscheinungen durch Schwingungen (Vibrationen) und Ueberbeanspruchung durch besonders heftige Motorerschütterungen infolge Propellerschadens. Die Fortführung der Untersuchung durch Prüfung der Bruchstücke nach den Methoden der Werkstoffprüfung bei der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt soll hierüber noch näheren Aufschluß geben.

Aus aller Welt

Zeppeliningenieur Hugo Kübler gestorben.

Aus Karlsruhe kommt die Nachricht, daß Diplomingenieur Hugo Kübler an einem Schlaganfall dort unerwartet verschieden ist. Der Zeppelin-Luftschiffbau betrauert das Ableben des ersten Mitarbeiters des Grafen Zeppelin auf dem Gebiet der Luftschiffahrt. Hugo Kübler baute im Auftrag des Grafen Zeppelin die erste schwimmende Halle auf 95 Pontons und führte den Bau des ersten Zeppelin-Luftschiffes auf der Manzeller Werft durch. Der erste Aufstieg des Luftschiffes fand am 2. Juli 1900 statt.

Ueber 100 Fälle von Fleischvergiftungen.

Einer Meldung aus Halle zufolge sind seit Sonntag in Hohenmölsen und einigen Nachbarorten über 100 Personen an Fleischvergiftungserscheinungen erkrankt. Eine eingehende Untersuchung ist eingeleitet. Bis jetzt ist in Hohenmölsen ein Todesfall zu verzeichnen.

Neue Kohlenfunde in der Provinz Sachsen.

Beim Bohren eines Tiefbrunnens stieß man in der Söllthauer Straße in Döben auf ein ziemlich mächtiges Braunkohlenflöz. Dieser Fund bestätigt, daß das Kohlenvorkommen sich nicht nur um Bitterfeld selbst gruppiert, sondern sich bis in die weitere Umgebung erstreckt. So sind bekanntlich auch in einem großen Teil des Deltischer Kreises Kohlen gefunden worden. Man darf also mit einer immer größeren Ausdehnung des Bitterfelder Braunkohlenbezirks in der Zukunft rechnen.

21 deutsche Flugweltrekorde.

Nach dem die Federation Aeronautique Internationale jetzt die Feststellung der Nationalität der Weltrekordhalter nach der Nationalität des ersten Flugzeugführers bei erfolgreichen Flügen getroffen hat, entfallen auf Deutschland 21 Weltrekorde. Von diesen sind 11 auf Junkers-Flugzeugen aufgestellt, unter diesen der bedeutungsvollste, der Weltrekord im Dauerflug, der von Czard auf Junkers B 33 mit 52 Stunden, 23 Minuten gehalten wird.

Kinosturz in Argentinien.

In der Stadt Goya in der argentinischen Provinz Corrientes stürzte ein Kino während der Vorstellung ein. Zahlreiche Personen wurden unter den Trümmern begraben, und konnten erst unter großen Schwierigkeiten geborgen werden. Unter den Kinobesuchern brach eine große Panik aus, zahlreiche Personen erlitten bei dem Versuch, zu entkommen, schwere Verletzungen. 70 Personen, meist Frauen und Kinder, wurden getötet bzw. schwer verwundet.

zu
neuem Wein und Zwiebelkuchen
auf
Samstag und Sonntag
ladet freundlichst ein
Karl Kirchherr, Vorstadt

zu
neuem Wein und Zwiebelkuchen
ladet auf Samstag und Sonntag frdl. ein
August Gakenheimer.

Ulzenberg
Am Samstag und Sonntag
halte ich
Mehel-Suppe
Gute alte und neue Weine
Es ladet höflichst ein
David Wurster z. Löwen

KAFFEE HAG SCHONT



erhältlich in den Geschäften von
Eugen Dreiß, Marktplatz
Eugen Hayd, Vorstadt
Krebsler Otto, Untere Marktstr.
Lamparter Fr., Marktplatz
Willh. Sachs, Konditorei, Untere Marktstr.
Karl Serva, Lederstr.
K. O. Vinçon, Lederstr.
Gg. Wurster, Marktplatz
H. Häußler, Konditorei, Bahnhofstr.
im Ausschank bei
Hotel Waldhorn
Café Krebsler
in Hirsau erhältlich bei
Carl Busch, Kolonialwaren-Handlung.

Übler Mundgeruch

wirkt abtöndend. Häßlich gefärbte Zähne entstehen das schönste Antlitz. Jede Schönheitsfehler werden oft schon durch einmaliges Putzen mit der herrlich erfrischenden Zahnpaste Chlorodont beseitigt. Die Zähne erhalten schon nach kurzem Gebrauch einen wundervollen Glanz, auch an den Seitenflächen, bei gleichzeitiger Benutzung der dafür eigens konstruierten Chlorodont-Zahnbürste mit gezähntem Vortriebsmittel. Faulende Speisereste in den Zahnzwischenräumen als Ursache des üblen Mundgeruchs werden gründlich damit beseitigt. Versuchen Sie es zunächst mit einer kleinen Tube zu 50 Pf. Chlorodont-Zahnbürste für Kinder 70 Pf., für Damen Mk. 1.25 (weiche Borsten), für Herren Mk. 1.25 (harte Borsten) * Nur echt in blau-grüner Originalpackung mit der Aufschrift „Chlorodont“. Überall zu haben.

Vorgezeichnete und fertige
Handarbeiten,
Handklöppel-
und
Stickerespitzen
Kurzwaren
empfiehlt
N. Hetzler
Lederstr. 177
Auch Weiß- u. Buntdruckereien werden angefertigt

Die beste Reklame ist und bleibt das Inserat!

Vor dem Umzug!

Benützen Sie für Ihren Einkauf in Damenkonfektion: Mäntel, Kleider, Kostüme u. s. m. die gute Gelegenheit des Umzugs-Ausverkaufs. Sie kaufen neue Winterware zu bedeutend herabgesetzten Preisen bei Krüger & Wolff, Pforzheim.



So kleidet die moderne Konfektion

Anzüge in neuesten Mustern u. Formen
Mk. 30⁰⁰ 35⁰⁰ 40⁰⁰ 45⁰⁰ 50⁰⁰ 55⁰⁰
60⁰⁰ bis Mk. 125⁰⁰

Mäntel in vielen Formen und Mustern für jede Jahreszeit Mk. 27⁰⁰ 30⁰⁰ 35⁰⁰ 40⁰⁰ 50⁰⁰ 60⁰⁰ bis Mk. 140⁰⁰ Lodenmäntel von Mk. 20⁰⁰ bis Mk. 50⁰⁰ Pelzerinnen Mk. 15⁰⁰ bis Mk. 35⁰⁰ — Gummi-Mäntel von Mk. 16⁰⁰ bis Mk. 60⁰⁰ Windjacken Mk. 10⁰⁰ bis Mk. 21⁰⁰

Hosen Zenghosen Mk. 350 bis Mk. 900
Samthorshosen Mk. 900 1100 1400
Leberhosen Mk. 500 bis Mk. 1300
Halbwollene Hosen Mk. 800 bis Mk. 2100

Paul Röchle, am Markt

Calw

Freie Besichtigung ohne Kaufzwang!

LINOLEUM

für Boden-, Wand- und Tischbelag
Teppiche / Läufer / Vorlagen
Vertretung der größten Werke dieser Erzeugnisse
Bohnerwachs und Reinigungsmittel
EMIL G. WIDMAIER
Bahnhofstraße
Estrichbelage in Holz- und Steinezement

Sahn-Turnschuhe

grau, Turnschlüpfer weiß und schwarz mit Gromlebersohle sowie Fußballstiefel empfiehlt
Stoß, Lederstraße

Elektrische Anlagen Ernst Schneider

Metzgergasse
Licht-, Kraft- und Schwachstrom-Anlagen jeden Umfangs
Beleuchtungskörper usw.
Zugelassen beim Stadt. Elektrizitätswerk Calw

Seidene Lampen-Schirme

in größter Auswahl billig, ferner Juglampen, Tischlampen, Schlafzimmer-Lampen, Nachttisch- u. Navielampen usw.
Musteranstellung Lederstraße Nr. 98. Auf Wunsch wird die Installation der Lampen ausgeführt.
Verkauf bei Martha Fuchs, Calw, Hermannstr. 85B

Allgäuer Butter u. Käse

ff. Süßrahmbutter - Stangenkäse 20 und 30% la. Romadur 40% in Staniol - Dessertkäse - Emmentaler und Emmentaler ohne Rinde (Post- und Bahnversand) kaufen Sie am vorteilhaftesten bei

Fridolin Rohrmoser, eigeo. Molkereien, Renningen (Württ.)

Die Zigarre, welche Sie rauchen soll gut sein als ganz vorzüglich gelten meine
Schlager 10 ♂
Nationalfreude 12 ♂
(8 Stück 70 ♂)
Sonnenspiegel 15 ♂
Gardus 15 ♂
Stück 1 M.
Reiter 20 ♂
Herren 20 ♂
Rachen Sie einen Versuch!
Zigarrenhaus
Eugen Buhl
(beim Calwer Tagblatt)
Fernsprecher 244.

Violin - Unterricht
sowie
Unterricht in allen Streich- u. Blechinstrumenten erteilt
Paul Solf
Kapellmeister d. M. V. H.
25 Jahre Berufsmusiker
Fachmännische Ausbildung garantiert
Monatl. Honorar 8 M.
Einzelstunde 1 M.
Anmeldung zu jeder Tageszeit.
Calw, Metzgergasse 330.

Denkt an Ludwig Kahn Westliche 2
sobald gute Herren- u. Knabenbekleidung preiswert angeschafft werden soll.
Marktplatz Pforzheim

Ämtliche Bekanntmachungen.

Wahl der Vertrauensmänner und Erfah- männer in der Angestelltenversicherung.

Die Wahl der Vertrauensmänner und Erfah-
männer für den die Oberamtsbezirke Calw, Nagold
und Herrenberg umfassenden Wahlbezirk findet für
die Arbeitgeber und die Angestellten am

Sonntag, den 13. November 1927 von nachmittags
3-6 Uhr

statt.

Es werden folgende Stimmbezirke gebildet:
Stimmbezirk A, umfassend den Oberamtsbezirk Calw,
Stimmbezirk B, umfassend den Oberamtsbezirk
Nagold,
Stimmbezirk C, umfassend den Oberamtsbezirk
Herrenberg.

Gewählt wird für Stimmbezirk A in Calw im
Bezirksratsaal für den Stimmbezirk B in Nagold
im Bezirksratsaal, für den Stimmbezirk C in
Herrenberg im kleinen Rathausaal.

Es sind zu wählen: 6 Vertrauensmänner und
12 Erfahmänner.

Die Vertrauens- und Erfahmänner werden je zur
Hälfte aus den Versicherten, die nicht Arbeitgeber
sind, und aus den Arbeitgebern der versicherten An-
gestellten gewählt.

Die Vertrauens- und Erfahmänner aus den Ar-
beitgebern werden von den Arbeitgebern der ver-
sicherten Angestellten, die übrigen von den versicherten
Angestellten gewählt.

Wahlberechtigt sind volljährige Deutsche, männ-
lichen und weiblichen Geschlechts, sofern sie zu den
versicherten Angestellten oder deren Arbeitgebern ge-
hören und im Bezirke der Oberämter Calw, Nagold
und Herrenberg wohnen.

Wahlberechtigt als Arbeitgeber sind - wenn sie
nicht als Angestellte wahlberechtigt sind - auch

1. die gesetzlichen Vertreter geschäftsunfähiger und
beschränkt geschäftsfähiger natürlicher Personen,
2. bei juristischen Personen die Mitglieder des Vor-
standes, bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung
die Geschäftsführer, bei anderen Handelsgesell-
schaften die persönlich haftenden Gesellschafter, so-
weit sie nicht von der Vertretung ausgeschlossen
sind. Sind hiernach für eine juristische Person
oder Gesellschaft mehrere wahlberechtigte Personen
vorhanden, so darf nur eine von ihnen das Wahl-
recht ausüben.

Wählbar sind nur Versicherte, die nicht Arbeit-
geber sind, und Arbeitgeber der versicherten Ange-
stellten, die im Bezirke der Oberämter Calw, Nagold
und Herrenberg wohnen oder beschäftigt werden oder
ihren Betriebssitz haben.

Wählbar als Arbeitgeber sind - wenn sie nicht
als Angestellte wählbar sind - auch

1. die gesetzlichen Vertreter geschäftsunfähiger und
beschränkt geschäftsfähiger natürlicher Personen,
2. die Mitglieder des Vorstandes einer juristischen
Person, die Geschäftsführer einer Gesellschaft mit
beschränkter Haftung, die persönlich haftenden Ge-
sellschafter bei anderen Handelsgesellschaften, soweit
sie nicht von der Vertretung ausgeschlossen sind,
3. die bevollmächtigten Betriebsleiter.

Weder wahlberechtigt noch wählbar ist, wer
1. infolge strafgerichtlicher Verurteilung die Fähigkeit
zur Bekleidung öffentlicher Ämter verloren hat oder
wegen eines Verbrechens oder Vergehens, das den
Verlust dieser Fähigkeiten zur Folge haben kann,
verfolgt wird, falls gegen ihn das Hauptverfahren
eröffnet ist,

2. infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung
über sein Vermögen beschränkt ist.

Angestellte, die nach § 375 des Angestelltenversiche-
rungsgesetzes von der Beitragsleistung befreit sind,
sind sowohl wahlberechtigt als auch wählbar.

Gewählt wird schriftlich nach den Grundsätzen der
Verhältnismahl.

Die Wahlberechtigten werden aufgefordert, bis
spätestens drei Wochen vor dem Wahltag dem unter-
zeichneten Wahlleiter Vorschlagslisten einzureichen, die
von wirtschaftlichen Vereinigungen von Arbeitgebern
oder von Arbeitnehmern oder von Verbänden solcher
Vereinigungen aufzustellen sind. Diesen Vorschlags-
listen stehen nach § 7 Abs. 2 der Wahlordnung solche
Vorschlagslisten der Arbeitgeber oder der Versicherten
gleich, die von mindestens fünf Wahlberechtigten
unterschrieben sind.

Die Vorschlagslisten sind für die Arbeitgeber und
die versicherten Angestellten getrennt aufzustellen. Jede
Vorschlagsliste soll mindestens so viel Namen ent-
halten, als Vertrauensmänner und Erfahmänner zu
wählen sind.

Die Vorgesetzten sind nach Vor- und Zunamen,
Stand oder Beruf und Wohnort zu bezeichnen und
in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen. Eine Tren-
nung der Vorgesetzten nach Vertrauensmännern
und Erfahmännern ist unzulässig.

Mit der Einreichung der Vorschlagslisten ist von

den Wahlberechtigten ein Listenvertreter und ein Stell-
vertreter, die zur Abgabe von Erklärungen gegenüber
dem Wahlleiter bevollmächtigt sind, zu benennen.

Die Vorschlagsliste nach § 7 Abs. 2 der Wahl-
ordnung soll die Wählereignisse, von der sie aus-
geht, nach unterscheidenden Merkmalen kenntlich
machen.

Hat ein Wähler mehrere Vorschlagslisten nach § 7
Abs. 2 der Wahlordnung unterzeichnet, so wird seine
Unterschrift auf allen Vorschlagslisten gestrichen.

Die Vorschlagslisten sind ungültig, wenn sie ver-
spätet eingereicht werden oder wenn sie den Vorschrif-
ten des § 7 Abs. 1 und 2 der Wahlordnung nicht
entsprechen und der Mangel nicht rechtzeitig behoben
wird.

Zwei oder mehr Vorschlagslisten können in der
Weise miteinander verbunden werden, daß sie den
anderen Vorschlagslisten gegenüber als eine einzige
Vorschlagsliste gelten. In diesem Fall müssen die
Unterschriften der Vorschlagslisten oder die Listenver-
treter übereinstimmend spätestens bis zum Ablauf des
ersten Tages vor dem Wahltag die Erklärung abgeben,
daß die Vorschlagslisten miteinander verbunden sein
sollen. Andernfalls ist die Erklärung über die Ver-
bindung ungültig.

Wird von den Arbeitgebern oder von den ver-
sicherten Angestellten bis zum 22. Oktober 1927 nur
eine Vorschlagsliste eingereicht, so findet für die be-
treffende Gruppe keine Wahl statt. Die in der Vor-
schlagsliste gültig bezeichneten Personen gelten dann in
der für den Wahlbezirk erforderlichen Zahl in der
Reihenfolge des Vorschlags als von dieser Gruppe
gewählt.

Die Wähler haben sich über ihre Wahlberechtigung
auszuweisen. Für die bei der Reicherversicherungs-
anstalt versicherten Angestellten dient die Versiche-
rungskarte, für die Ersafkassenmitglieder eine Be-
scheinigung der Ersafkassen als Ausweis. In der Ver-
sicherungskarte oder der Bescheinigung muß wenigstens
ein Beitrag innerhalb der letzten 12 Monate vor der
Wahl nachgewiesen sein. Hat ein Ersafkassenmitglied
noch eine gültige Versicherungskarte, so darf ihm die
Ersafkassenkarte keine Bescheinigung ausstellen. Die Wahl-
berechtigung der Arbeitgeber wird durch eine von der
Gemeindebehörde (dem Ortsvorsteher) des Betriebs-
sitzes ausgestellte Bescheinigung nachgewiesen. Die Er-
safkassenmitglieder und die Arbeitgeber werden aufge-
fordert, sich die Bescheinigungen ausstellen zu lassen.

Das Wahlrecht wird in Person und durch Abgabe
eines Stimmzettels ausgeübt. Die Stimmzettel
dürfen nicht unterschrieben sein und keinen Protest
oder Vorbehalt enthalten. Sie sind außerhalb des
Wahlraums handschriftlich oder im Wege der Ver-
vielfältigung herzustellen.

Den Arbeitgebern ist es gestattet, an Stelle der
persönlichen Stimmabgabe ihren Stimmzettel in ver-
schlossenem Wahlumschlag dem Wahlleiter unter Bei-
fügung des Ausweises über ihre Wahlberechtigung
brieflich einzusenden. Die erforderlichen Umschläge

erhalten die Arbeitgeber auf Verlangen von dem Vor-
steher der Wahl des örtlichen Stimmbezirkes ausge-
händigt. Der Brief muß spätestens am 12. Novem-
ber 1927 bei der unterzeichneten Behörde eingegangen
sein. Nachträglich eingehende Stimmzettel sind un-
gültig.

Wahlberechtigten Versicherten, die sich am Wahltag
während der Wahlzeit aus zwingenden Gründen
außerhalb ihres Wahlbezirkes aufhalten, stellt der
Wahlleiter auf Antrag gegen Hinterlegung der Ver-
sicherungskarte oder der Bescheinigung der zuständigen
Ersafkassen einen Wahlschein aus. Zu übrigen gilt
der vorhergehende Absatz entsprechend.

Jeder Wahlberechtigte hat eine Stimme. Arbeit-
geber, die mehr als fünfzig, aber nicht mehr als
hundert versicherte Angestellte beschäftigen, haben zwei
Stimmen. Für je weitere angefangene hundert ver-
sicherte Angestellte erhöht sich die Zahl um eine
Stimme. Kein Arbeitgeber hat mehr als zwanzig
Stimmen.

Hat ein Arbeitgeber mehrere Stimmen, so hat er
jeden Stimmzettel in einen besonderen Umschlag zu
legen.

Enthält ein Umschlag mehrere Stimmzettel, so
gelten sie als ein Stimmzettel, wenn sie gleich-
lautend sind; andernfalls sind sie ungültig.

Der Wahlberechtigte darf sein Wahlrecht nur in
dem Stimmbezirk, in dem er wohnt, ausüben.

Es kann nur für unveränderte Vorschlagslisten
gestimmt werden; auch die Reihenfolge der Vorge-
schlagenen in der Vorschlagsliste darf nicht geändert
werden.

Ungültig ist die Wahl einer Person, die zur Zeit
der Wahl nicht wählbar war.

Ungültig ist ferner die Wahl einer Person, von
der oder zu deren Gunsten von Dritten die Wahl
rechtswidrig oder durch Gewährung oder Versprechung
von Geschenken beeinflusst worden ist, es sei denn, daß
dadurch das Wahlergebnis nicht verändert worden ist

Calw, den 29. September 1927.

Versicherungsamt:
Nagel,
Amtmann A. B.

Die unentgeltliche Beratung Lungenkranker findet
in der Sprechstunde der

Suberkulösenfürsorgestelle

am Samstag, den 1. Oktober 1927, nachmittags 2
bis 4 Uhr in der Wohnung des Oberamtsarztes in der
Panoramastraße statt.

Keine andere
nur Melorita-Deifeise Nr. 210
darf es sein
Der volle weiche Schaum öffnet die Poren
u. gibt Schönheit. Überall zu haben zu 75 Pf.
Klement & Sonech Traubenschnur Wirtl.

Calw.
Die auf morgen ausge-
schriebene Versteigerung fin-
det **nicht** statt.
Gerichtsvollzieher
Dhugemach.

Ein
Reinm-

Piano

wird infolge seiner dauernden
Klangschönheit bevorzugt.
Seit über 25 Jahren glänzend
begutachtet. Sehr günstige
Preise und Bedingungen.
Tausch älterer Instrumente.
Gebrauchte Pianos-Miete.

S. Reimm, Füllgel- u.
Pianosabrik, Stuttgart,
Ludwigstr. 47a u. b.

Schönes
**Weißblumen-
Deck- u. Binde-
Reifig**

wird von Mitte bis Ende
Okt. gesucht. Angebote an
Philipp Mast

**Abenarius-
Carbolineum**
Carl Serva
Fernsprecher. 120

Zu verkaufen sehr gut
erhaltenes

Dvalfäß
275 Ltr. haltend
Zwinger 206.

1 sehr gut erhaltenes
Dvalfäß
330 Ltr. haltend, ver-
kauft
**Friedrich Förcher
Weinsteg.**

Die Feinstmargarine mit dem größten Weltumsatz!

Weshalb hat Blauband in wenigen Jahren ihr
riesiges Absatzgebiet erobert? Weshalb kaufen Millionen
Hausfrauen in vielen Ländern nur die Feinstmargarine
Blauband-frisch geküht?

Weil sie aus den edelsten Rohstoffen mit Hunderttau-
senden Liter Milch täglich frisch hergestellt wird, und weil sie
durch ihre überragende Qualität und ihr köstliches Aroma
trotz ihres bedeutend billigeren Preises selbst feinste Butter
vollkommen ersetzt.

Wer Blauband noch nicht kennt, mache deshalb schleu-
nigst einen Versuch - er wird sich lohnen!

Blauband
frisch geküht
½ Pfund 50 Pfennig